

AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG

Zl. Verf-13/22/89

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
WRG 1959 geändert wird: "Wasserbuch-Novelle";
Stellungnahme

Bezug:

Auskünfte: **Dr. Glantschnig**

Telefon: 0 46 3 - 536

Durchwahl **30204**

Bitte Eingaben ausschließlich
an die Behörde richten und die
Geschäftszahl anführen.

An das

Präsidium des Nationalrates

Schriftl. Gesetzgeb. Nr. 60. GZ 89
Zl. _____
Datum: 5. OKT. 1989
V. d. H. 5. OKT. 1989

1017 WIEN

Beiliegend werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme des Amtes
der Kärntner Landesregierung zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das WRG 1959 geändert wird, übermittelt.

Anlage

Klagenfurt, 2. Oktober 1989

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Unkart eh.

F.d.R.d.A.

Braudhuber

AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG**Zl. Verf-13/22/89**

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
WRG 1959 geändert wird: "Wasserbuch-Novelle";
Stellungnahme

Bezug:**An das****Auskünfte: Dr. Glantschnig****Telefon: 0 46 3 - 536****Durchwahl 30204**

**Bitte Eingaben ausschließlich
an die Behörde richten und die
Geschäftszahl anführen.**

**Bundesministerium für
Land- und Forstwirtschaft**

Stubenring 1**1011 WIEN**

Zu dem mit do. Schreiben vom 8. August 1989, Zl. 16.550/05-15/89, übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Wasserrechtsgesetz 1959 geändert wird ["Wasserbuch-Novelle"] wird seitens des Amtes der Kärntner Landesregierung folgende Stellungnahme abgegeben:

Der vorliegende Entwurf ist im wesentlichen das Ergebnis eingehender Beratungen mit den Wasserrechts- und Wasserbuchexperten der Länder. Aus diesem Grund wird der vorliegende Gesetzesentwurf zustimmend zur Kenntnis genommen, zumal durch den Entfall eines förmlichen Wasserbuchverfahrens eine wesentliche Beseitigung bürokratischer Hemmnisse und eine Vereinfachung in der Wasserbuchführung eintritt. Durch die Angleichung des Wasserbuches an das Melderegister und die Verpflichtung zur amtswegigen Ersichtlichmachung und Aktualisierung erscheint der Entwurf geeignet, den Zielsetzungen, das Wasserbuch künftig als wasserwirtschaftliches Auskunfts- und Planungsinstrument sowie als Rechtsbehelf für Behörden und Beteiligte zu gestalten, gerecht zu werden.

Es darf darauf aufmerksam gemacht werden, daß durch die systematische Einordnung des § 103a des Entwurfes sowie durch seine sprachliche Ausformulierung die in den Erläuterungen erwähnte nähere

- 2 -

Differenzierung zwischen allgemeinem Ausschluß von der Einsichtnahme und der Berücksichtigung spezifischer Parteiinteressen (und damit erweiterter Einsichtnahmebefugnisse) trotz des Bezuges des § 126 Abs. 1 des Entwurfes zu § 103a nicht gewährleistet ist. Eine klarere sprachliche Ausformulierung ist daher erforderlich.

Zur Frage der Notwendigkeit einer Übergangsfrist für die Reorganisation bzw. den Aufbau eines aussagekräftigen Wasserbuches, weist das Amt der Kärntner Landesregierung darauf hin, daß zumindest eine Frist von einem Jahr als erforderlich erachtet wird. Die "Wasserbuch-Novelle" bringt zwar wesentliche Verwaltungsvereinfachungen durch den weitestgehenden Wegfall eines förmlichen Wasserbuchverfahrens mit sich, jedoch bedarf es auf Grund der vorgesehenen amtswegigen Verpflichtung zur Ersichtlichmachung der maßgeblichen wasserwirtschaftlichen Daten im Wasserbuch intensiver Arbeiten der Erfassung wasserrechtlicher Bewilligungen und der Bereinigung von bestehenden Eintragungen.

Bei Gewährleistung einer entsprechenden personellen und sachlichen Ausstattung erscheint unter diesen Voraussetzungen mit Rücksicht auf die zu erlassende Verordnung gemäß § 124 Abs. 5 des Entwurfes eine Übergangsfrist von einem Jahr als angemessen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Klagenfurt, 2. Oktober 1989

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Unkart eh.

F.d.R.d.A.

Braudhuber